

Kirchen als „Orientierungskunstwerke“

Professor Dr. Thomas Erne: „Sehnsucht nach Transzendenz“ – „Der Raum ist die Botschaft“



Synodale beim Schwerpunkttag

„Kirche – mehr als Gebäude. Verkündigung durch Raum, Bild und Wort.“ Bei der Mobilien Akademie tauschen sie sich an insgesamt 19 Thementischen untereinander aus.

Kirchengebäude hätten auch außerhalb der Gottesdienstzeiten für viele Menschen eine hohe spirituelle Bedeutung, erklärte der Marburger Theologieprofessor Dr. Thomas Erne beim Synoden-Schwerpunkttag unter dem Titel: „Kirche – mehr als Gebäude. Verkündigung durch Raum, Bild und Wort.“ Kirchen seien heute nicht mehr ausschließlich Häuser der Gemeinde, sondern auch Häuser für individuelle Sinn-Suchende. Wichtig sei, dass Kirchengebäude „spirituell beatmet“ seien.

Millionen Menschen besuchten jährlich Kirchengebäude, berichtete Erne: „Die Besucher kommen nicht als Gemeindeglieder, auch nicht nur als Touristen. Sie kommen und erfahren die Kirchen religiös, spirituell, ästhetisch, auch politisch, etwa beim Kirchenasyl oder sozial in der

Stuttgarter Vesperkirche“, so Erne. Dabei zeigte er sich überzeugt: „Der Raum ist die Botschaft, nicht das, was in diesem Raum verkündigt wird.“ Diesen Besuchen gemeinsam sei die Erfahrung einer Überschreitung und Weitung des eigenen Daseins, führte Erne weiter aus: „Das gemeinsame Thema ist die Sehnsucht nach Transzendenz,

nach etwas, das über den eigenen Horizont hinausgeht.“ Dazu trage neben den meist großen, hohen Kirchenräumen auch der Klang, das Licht und die Kunst bei. Und schließlich seien Kirchen auch „Orientierungskunstwerke“, sagte Erne: „Sie orientieren eine Stadt durch die Höhe der Türme und ihre zentrale Lage – aber nicht nur die Christen, sondern auch die Nicht-Christen.“ Entscheidend dabei sei aber: „Eine Kirche, die nicht spirituell beatmet ist – in der also keine Wortverkündigung und keine Sakramentalhandlung stattfindet – ist nicht interessant!“

Die öffentliche Akzeptanz der Kirche hänge wesentlich an der Akzeptanz ihrer Kirchenbauwerke, zeigte Erne sich überzeugt. Er warnte deshalb vor der Aufgabe oder gar dem Verkauf von Kirchengebäuden: „Der symbolische Verlust an öffentlicher Akzeptanz ist in der Regel höher als der wirtschaftliche Nutzen.“ Er forderte deshalb: „Wenn Sie wirklich eine Kirche abreißen müssen, dann müssen Sie eine neue bauen!“

Aus dem Inhalt

2/2015

Flagge zeigen für
Flüchtlinge

Seite 3

Landeskirche wird
genügend Pfarrer
haben

Seite 7

Neue Gemeindeform
geplant

Seite 8

Neue Medien: Klare Botschaften, Dialog und Humor

„Zufallsbegegnungen kaum mehr möglich: Es gibt keine digitale Laufkundschaft“

Für einen Ausbau kirchlicher Medienarbeit sprach sich der Medienbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Oberkirchenrat Markus Bräuer, aus. In den neuen Medien sei die Verteilung von Botschaften die größte Herausforderung: Anders als bei Presse, Funk und Fernsehen zöge die Präsenz im Internet oder in sozialen Netzwerken keineswegs automatisch hohe Aufmerksamkeit auf sich.

Die Struktur der Volkskirche mache eine effektive Medienarbeit unumgänglich, führte Bräuer aus: Während im EKD-Durchschnitt rund 3,8 Prozent der Gemeindeglieder den Sonntagsgottesdienst mitfeierten und insgesamt rund 15 Prozent aktiv am Gemeindeleben teilnahmen, könnten die übrigen 85 Prozent in der Regel nicht mehr durch direkte, sondern nur noch durch mediale Kommunikation erreicht werden.

Die christlichen Verkündigungsformate im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erreichten überwiegend ältere Zuschauer; zudem sei die Quote beim ZDF-Fernsehgottesdienst stark rückläufig, berichtete Bräuer. Im Privatfernsehen erreiche man auch Jüngere, dafür aber nur mit kürzeren Beiträgen.

In Fernsehfilmen seien Religion und Glaube eher unterrepräsentiert, klagte der Oberkirchenrat: So träten in Krimis zwar Gerichtsmediziner auf, aber keine Notfallseelsorger. Fernsehfilme und -Serien wie „Die Pastorin“, „Der Prediger“ oder „Herzensbrecher“ könnten aber neben dem plakativ zugespitzten Berufsalltag der Protagonisten auch christliche Themen transportieren.

Das Internet wachse ununterbrochen und habe durch mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen, berichtete Bräuer. Er verwies jedoch auf einen „fundamentalen Nachteil“ der neuen Medien: „Zufallsbegegnungen sind kaum mehr möglich. Es gibt keine digitale Laufkundschaft. Die

zentrale Frage der Verteilung von Botschaften, die Presse, Radio und Fernsehen jahrzehntelang aufgebaut haben, muss die Kirche im Web neu und selbst lösen.“ Wer schon über ein paar hundert „Likes“ auf Facebook oder 80 Aufrufe eines kirchlichen YouTube-Videos juble, müsse im Blick haben, dass echte Internet-Stars wie „Le Floid“ Millionen Likes, Aufrufe und Abonnenten vorweisen könnten.

Die Zukunft der Medien werde sich auf Smartphones etablieren, prognostizierte der

Medienbeauftragte. Dafür seien kurze Videoclips von zehn bis 30 Sekunden geeignet. Wer das Evangelium im digitalen Raum verkündigen wolle, so Bräuer, der müsse professionell vorgehen, dafür auch bezahlen, den Dialog aushalten, Humor beweisen und klare Botschaften senden. Diesen Impuls nahm ein Antrag auf, der die Erstellung einer „Elk-Wue-App“ mit relevanten Themen zum Inhalt hat und an den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit (KGÖ) verwiesen wurde.

Drei Fragen an Professor Dr. Thomas Erne

Die Reformatoren hatten ein nüchternes Verhältnis zu Kirchenräumen: Sie wurden nicht mehr geweiht, durch manche fegte sogar der Bildersturm. Wollen Sie Erkenntnisse der Reformation wieder zurückdrehen?

Prof. Dr. Thomas Erne: Der Protestantismus hat sich tatsächlich schwergetan mit der Frage: Was ist evangelischer Kirchenbau? Aber unsere großen, alten Kirchen verfehlen ihre Wirkung ja nicht, da findet doch auch eine Abstimmung mit den Füßen statt. Vielleicht haben wir 450 Jahre gebraucht, um auch die räumlichen Dimensionen in den Blick zu nehmen, aber jetzt tun wir's.

Wenn die Kassen knapper werden, argumentieren viele, sie investierten lieber in lebendige Menschen als in tote Steine. Würden Sie eher eine Kirchenmusikerstelle als eine Kirche aufgeben?

Erne: Die Alternative ist schief: Die toten Steine werden dann zu einer lebendigen Ressource, wenn sie Ort lebendiger Kommunikation sind.



Sie haben auf die Bedeutung von Kirchen nicht nur für die christliche Gemeinde, sondern für das ganze Gemeinwesen hingewiesen. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Gebäudeunterhaltung?

Erne: Kirchengebäude sind eine Zukunftssicherung für die Städte und Dörfer, ein über die Wirklichkeit hinausweisendes Versprechen, das die Kirchen einer Stadt machen. Ohne dieses Versprechen bleibt nur Innerweltlichkeit, das reicht nicht. Wir müssen deutlich machen, dass die Erhaltung der Gebäude eine gemeinsame öffentliche Aufgabe ist.

Flagge zeigen für Flüchtlinge

Bischof verurteilt Anschläge auf Flüchtlingsheime.
„Die Flüchtlingsfrage wird noch viel mehr von uns fordern.“

„Wir müssen uns gegen die Gefahr der Ideologisierung der Flüchtlingsfrage wehren. Rechtsradikale Stimmen und Aktionen haben mit dem erbitterten Widerstand der württembergischen Landeskirche zu rechnen.“ Die Worte von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July waren deutlich. „Die Flüchtlingsfrage wird noch viel schwieriger, sie wird noch viel längerfristiger, sie wird noch viel mehr von uns fordern, als wir uns das jetzt hier vorstellen können“, sagte July vor der Landessynode.

Die Zahlen sind in der Tat alarmierend: Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Allein 2014 wurden 13,9 Millionen Menschen zur Flucht getrieben – viermal so viele wie noch 2010. Neun von zehn Flüchtlingen leben in Entwicklungsländern, entweder als Binnenvertriebene in ihrem eigenen Land oder in angrenzenden Ländern. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat in den Jahren 2014 und 2015 allein für die Nothilfe in Syrien, im Irak und in umliegenden Staaten 22 Projektanträge bewilligt. Viele der Projekte werden durch lokale Partner durchgeführt. „So erreichen wir auch Menschen, die von den großen Organisationen nicht erreicht werden“, betonte Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel. „Wir brauchen also beides: die Professionalität der großen Akteure und die Vor-Ort-Aktivitäten der einzelnen Kirchen. Beides ergänzt sich.“ Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, wies darauf hin, dass jeder vierte Asylbewerber Christ sei. Er bedauerte, dass der Anspruch auf Familienzusammenführung selbst bei Vorliegen einer Flüchtlingsanerkennung oft kaum umsetzbar sei, da die diplomatischen Vertretungen hoffnungslos überlastet seien. Kaufmann wies



*Prof. Dr. Ulrich Heckel zum Thema Flüchtlinge:
„Wir brauchen beides: die Professionalität der großen Akteure und die Vor-Ort-Aktivitäten der einzelnen Kirchen.“*

auf das Engagement der Kirchengemeinden hin. Die Broschüre „Flüchtlinge willkommen heißen – begleiten – beteiligen“, die sich speziell an Kirchengemeinden richtet, sei inzwischen 16.000 Mal verteilt worden. Ulrich Hirsch (Sachsenheim) dankte allen, die sich in den Gemeinden um eine gute Willkommenskultur bemühen. „Es ist großartig, wie viele Menschen sich engagieren“, sagte er. Diese Ehrenamtlichen stärker zu unterstützen, forderte Marina Walz-Hildenbrand (Stuttgart). „Viele sind überfordert mit den Problemen, mit denen sie konfrontiert sind“, sagte sie. Martin Allmendinger (Denkendorf) forderte die Gemeinden und ihre Mitglieder zu noch mehr Solidarität mit Flüchtlingen auf. „Wir sollten Flagge zeigen und nicht in die Rufe einstimmen, dass das Boot voll und alle Wohnungen belegt seien.“

Friedensbildung an Schulen fördern

Ab Januar 2016 soll sich ein Religionspädagoge oder eine Religionspädagogin am Pädagogisch-Theologischen Zentrum (ptz) in Stuttgart-Birkach um Friedensbildung an Schulen kümmern. Die Stelle wird – anders als ursprünglich angestrebt – nicht unbefristet ausgeschrieben werden, sondern ist auf fünf Jahre befristet, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Jugend, Robby Höschele, in seinem Bericht. Aufgabe des Stelleninhabers bzw. der Stelleninhaberin wird die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zur Friedensbildung sein. Im Blick auf die neuen Bildungspläne gebe es hier verschiedene Ansatzpunkte und Herausforderungen, die für die Friedensbildung von Bedeutung sind, so Höschele. Dazu kommt die Qualifizierung von Religionslehrkräften als weiterer Aufgabenbereich. Auch soll mit anderen kirchlichen bzw. nichtkirchlichen Einrichtungen zur Friedensbildung, den staatlichen Schulbehörden und dem Kultusministerium zusammenarbeitet werden.



Hannelore Jessen (Bild) rückt für die verstorbene Renate Schimmel in die Synode nach. Dies und weitere Wechsel in den Ausschüssen und Gremien finden Sie [hier](#)

Mehr Geld für die Kirchengemeinden

Nach der Mittelfristigen Finanzplanung sollen die Kirchengemeinden bis 2019 88 Millionen Euro mehr bekommen als ursprünglich vorgesehen.

Nach der Mittelfristigen Finanzplanung werden die landeskirchlichen Budgets 2016 um rund drei Prozent angehoben, erklärte Finanzdezernent Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup. Auch die Gemeinden können mit einer dreiprozentigen Budgetsteigerung rechnen, die auch in den kommenden Jahren aufrechterhalten werden soll. Mit Sondermitteln und Zinseinnahmen erhöht sich die Gesamtauszahlung an die Gemeinden auf rund 235,4 Millionen Euro. Zusammenfassend stehen den Gemeinden mit den Ergänzungen bis 2019 zusätzliche 88 Millionen Euro gegenüber der ursprünglichen Planung zur Verfügung.



Finanzexperten unter sich: Michael Fritz und Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup im Gespräch.

Der Finanzausschuss trage die Soll-Rücklagengröße in Höhe von 190 Millionen Euro bei der Ausgleichsrücklage der Kirchengemeinden mit, die über der gesetzlichen Untergrenze liegt, erklärte dessen Vorsitzender Michael Fritz. Zudem habe man Prioritäten benannt, nach denen übersteigende Mittel vergeben werden können.

Der Sprecher des Gesprächskreises „Lebendige Gemeinde“, Michael Schneider, unterstützte die Soll-Rücklagengröße in dieser Höhe und sprach sich für verstärkte Investitionen in Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung aus. „Wir sind dankbar, dass auf Drängen der Offenen Kirche die Gemeinden von den jahrelangen

Mehreinnahmen profitieren“, sagte Elke Dangelmaier-Vinçon für ihren Gesprächskreis und regte an, die Mittel für den Ausgleichsstock als Zeichen der Solidarität unter den Gemeinden zu erhöhen. Dr. Harry Jungbauer stimmte dem im Namen seines Gesprächskreises „Evangelium und Kirche“ ausdrücklich zu und hob hervor, man sei bei der Sicherung des Religionsunterrichts weitergekommen. Auch der Gesprächskreis „Kirche für morgen“ unterstütze die Anhebung der Budgets für die Gemeinden, sagte Kai Münzing. Auch er

sprach sich für eine Erhöhung der Mittel für den Ausgleichsstock aus.

In der Debatte folgte die Synode dem Antrag von Anita Gröh (Geislingen), anlässlich des Reformationsjubiläums dem Gustav-Adolf-Werk 250.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Anträge von Michael Fritz (Kornwestheim), einen Aktionsplan Mitgliedergewinnung aufzusetzen, und der von Andrea Bleher (Untermünkheim), die Glaubenskurse weiterzuentwickeln, wurden in die Ausschüsse verwiesen.

Nachtragshaushalt verabschiedet

Landessynode genehmigt einstimmig Mehrausgaben in Höhe von 6,4 Millionen Euro.

Im zweiten Nachtragshaushalt 2015 schlagen vor allem die Clearingzahlungen in Höhe von 6,4 Millionen Euro zu Buche. „Unsere Landeskirche muss Teile der höheren Kirchenlohnsteuereinnahmen an andere Landeskirchen weitergeben, weil auch mehr davon von Kirchenmitgliedern gezahlt wurden, die außerhalb von Württemberg leben“, erläuterte Finanzdezernent Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup. Für die Religionspädagogen müssen allein im laufenden Jahr 1.045.900 Euro weniger ausgegeben werden als ursprünglich in der Personalstrukturplanung vorgesehen. Die ausgewiesene Stellenzahl bleibt jedoch unverändert. Für eine bis etwa 2022 befristete Personalaufstockung werden daher rund 5,9 Millionen Euro weniger an Sondermitteln gebraucht, so der Finanzdezernent. Nach den Worten des Finanzdezernenten gibt es Mehraufwände zum Beispiel durch die

Evaluation des Tagungsstättenmanagements, durch Baumaßnahmen im Stift Tübingen, im Oberkirchenrat, im Bernhäuser Forst und im Haus Birkach. Zudem schlägt ein Zuschuss für die Erzieherinnenausbildung im Oberlinhaus Freudenstadt zu Buche. Hinzu kommen Veränderungen im Stellenteil des Haushalts, etwa die Neuschaffung einer Stelle für die Betreuung der evangelischen Schulen im Evangelischen Schulwerk. Ferner muss Geld für den IT-Bereich und die Sicherheitstechnik im Oberkirchenrat ausgegeben und eine Software für die rechtlich vorgeschriebene Versorgungsfestsetzung im Pfarrdienst angeschafft werden.

Der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses Kai Münzing nannte es erfreulich, „dass auch die Maßnahmen des zweiten Nachtrags mehrheitlich aus Budget- oder Substanz-erhaltungsrücklagen finanziert werden können“.

Leitlinien zum Reformationsjubiläum

„Die Vorbereitungen für das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 haben an Fahrt aufgenommen“, erklärte Dr. Christiane Kohler-Weiß vor der Landessynode. Die Beauftragte der Landeskirche für das Reformationsjubiläum wies darauf hin, dass ein roter Faden angesichts der vielfältigen Planungen unterschiedlicher Einrichtungen, Dienste und Werke schwer zu erkennen sei. Aber diese Vielfalt ist auch eine Stärke Württembergs, sagte sie.

Kohler-Weiß skizzierte Leitlinien für das Reformationsjubiläum: Es soll „in der ganzen Landeskirche ankommen“. Tagungen kirchenleitender Gremien, der Kirchengemeinderatstag am 23. April 2016, Besuche in den Kirchenbezirken, Reformationskurse und sogenannte „Leuchtturmveranstaltungen“ sollen diesem Ziel dienen.

Zudem soll das Jubiläum im öffentlichen Raum wahrnehmbar sein und die Ökumene befördern. Diesem Ziel dienen etwa der Ideenwettbewerb, der im März begonnen hat und bis Oktober 2017, läuft, oder die Aufführungen von „Play Luther“. Zahlreiche Gottesdienstvorschläge und Anregungen für gemeinsame Veranstaltungen belegen die „durchgängig ökumenische Ausrichtung“. Mit der katholischen Kirche sei man auf vielen Ebenen gut im Gespräch, betonte Kohler-Weiß. „Das Gespräch mit den Freikirchen und mit orthodoxen Kirchen könnte noch intensiver sein.“

Thematisch soll im Jubiläumsjahr 2016/2017 das Thema „Freiheit“ im Mittelpunkt stehen und die Festwoche von 27. Oktober bis 1. November 2017 schon im Motto ganz auf Christus bezogen sein. Für jeden Tag dieser Festwoche sei ein eigenes Motto vorgeschlagen. Etwa „Christus im Klang“, „Christus im Bild“, „Christus mitten unter uns“, „Christus im Nächsten“, „Erneuerung durch Christus“ oder „Christus – unsere gemeinsame Hoffnung“.



Diakoniechef Oberkirchenrat

Dieter Kaufmann berichtet über die Arbeit mit Flüchtlingen.

Flüchtlinge, Kinder & Klimaschutz

Wie werden Flüchtlinge in unserer Landeskirche untergebracht und begleitet, wie sehen Angebote für Kinder bis sechs Jahre aus und wie ist der Stand beim Klimaschutzgesetz? Der OKR antwortet.

„Die Unterbringung von Flüchtlingen in kirchlichen Immobilien erfolgt weitgehend dezentral“, sagte Diakoniechef Dieter Kaufmann vor der Synode. Begleitet werden die Flüchtlinge in den Kirchengemeinden auf vielfältige Art und Weise. Beispielsweise durch Gottesdienste, Gebetskreise, Friedensgebete und weitere Gemeindeveranstaltungen. Es werden Kontakte zu Gemeinden anderer Sprache und Herkunft vermittelt, es findet Integration in kirchliche Kindergärten statt, die kirchliche Jugendarbeit öffnet sich für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien. Ebenso gibt es Seelsorge, Beratung und Begleitung in Fragen von Taufbegehren.

25 Prozent CO₂-Emissionen einsparen – so lautet das angestrebte Ziel der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. An einer Zwischenbilanz werde momentan noch gearbeitet, so Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel. Entsprechendes gelte auch für die weiteren Ziele und Schritte zur Umsetzung des landeskirchlichen Klimaschutzkonzeptes.

In keiner Altersklasse, mit Ausnahme der Konfirmanden, sei die evangelische Kirche so präsent wie bei den 0- bis 6-Jährigen, so Oberkirchenrat Werner Baur. „Evangelische Tageseinrichtungen für Kinder stehen für eine besondere Präsenz von Kirche in unserer Gesellschaft. Sie sind Orte, an denen Eltern wie Kinder in einer pluralistischen Situation Orientierung und Zugänge zu Glaube und Kirche finden.“ Im Evangelischen Jugendwerk Württemberg habe sich mit dem Fachausschuss Familienarbeit und der Familienarbeit ein Netzwerk von Ehren- und Hauptamtlichen gebildet, das sich der Vernetzung der verschiedenen Angebote annimmt. Seit einigen Jahren trifft sich auf Landesebene auch das „Netzwerk Kinder in der evangelischen Landeskirche Württemberg“, ein freiwilliger Zusammenschluss von Arbeitszweigen und Einrichtungen der württembergischen Landeskirche. Auch deren Ziel sei es, sich in der Arbeit zu vernetzen und Rechte und Interessen von Kindern in Kirche und Gesellschaft zu stärken.



Arbeit für die Ausschüsse: Elf Anträge wurden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Alles dazu finden Sie [hier](#)

Schätze und Schwachstellen

Synode will häufiger über die Kinder- und Jugendarbeit informiert werden. Ziel: Veränderungen früher erkennen und darauf reagieren.

Die Landessynode will mehr über die Kinder- und Jugendarbeit wissen. Sie beschloss, zu Beginn jeder Synodalperiode eine Studie über die Arbeit mit Kindern und Jugendliche erstellen zu lassen. So sollen Veränderungen und sich daraus ergebende Herausforderungen schneller erkannt werden können. „Bislang sind die Berichterstattungen eher zufällig“, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Bildung, Siegfried Jahn. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit der badischen Landeskirche und der katholischen Kirche angestrebt. Jahn bezog sich in seinem Bericht auf die 2014 vorgestellte Studie „Jugend zählt“. Er zeigte sich beeindruckt von der Studie, die auf „die Schätze unserer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, aber auch auf Herausforderungen und Schwachstellen“ aufmerksam gemacht habe. Nach dem Willen der Synode sollen die Daten der Studie aus dem

Jahr 2013 in Zusammenarbeit mit der badischen Landeskirche weiter ausgewertet werden. Für diese Vertiefungsstudie sollen 40.000 Euro im Haushaltsplan 2016 vorgesehen werden, so der Antrag, den die Synode mit großer Mehrheit befürwortete.

Folgende Fragestellungen sollten dabei in den Blick genommen werden: die Rolle der Jugendverbände, die Ausstattung der Hauptamtlichen, Besonderheiten und Unterschiede zwischen Stadt- und Landgemeinden, die Vernetzung von Kindergottesdienst, Konfi 3, Kinderchor- und Jungchararbeit. Diese Arbeitsbereiche müssten, so Jahn, stärker vernetzt werden. Weshalb die Synode dem Antrag zustimmte, nach dem der Oberkirchenrat in Zusammenarbeit mit den Arbeitsbereichen der Kinder-, Jugend- und Konfirmandenarbeit ein Konzept zur Begleitung, Beratung und Vernetzung erarbeiten soll.

Kirche setzt auf Tourismus

Immer mehr Menschen suchen Gott im Urlaub, in ihren Erholungs- und Auszeiten. Um dort mehr Angebote zu schaffen, soll die Arbeit im Fachbereich Kirche in Freizeit und Tourismus verstärkt werden. Der Vorsitzende des Theologischen Ausschusses, Dr. Karl Hardecker, stellte daher den Antrag, eine Projektstelle für die Entwicklung und den Ausbau neuer Angebotsformen zur spirituellen Begleitung von Menschen im Bereich Freizeit und Tourismus einzurichten. Diese Stelle solle mit einer Diakonin bzw. einem Diakon besetzt werden und ist auf vier Jahre befristet. Die Synode stimmte nach Aussprache zu.

Bisher schon werden in diesem Bereich Angebote entwickelt, beispielsweise Ausbildungsmodule zur Kirchenraumpädagogik oder die EKD-Kirchen-App. Künftig sollen unter anderem Angebote von Radwegkirchen ausgebaut werden und mehr Kirchengebäude auch werktags verlässlich geöffnet sein. Außerdem gibt es den Angaben zufolge in Württemberg inzwischen 20 Pilgerinitiativen, die sich mehr Unterstützung von der Landeskirche erhoffen.



Alles zum Ideenwettbewerb der Landeskirche unter www.kirche-macht-was.de

Landeskirche wird genügend Pfarrer haben

Oberkirchenrat Wolfgang Traub: „Eine angemessene Versorgung der Gemeinden ist gewährleistet.“ – Diskussion um alternative Zugänge zum Pfarrberuf

Die Landeskirche wird nach Angaben ihres Personaldezernenten auch in Zukunft keinen Pfarrermangel haben. Die Versorgung der Gemeinden sei gewährleistet, sagte Oberkirchenrat Wolfgang Traub vor der Synode. Die Zahl der Theologiestudierenden mit dem Berufsziel Pfarrdienst habe sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt.

Traub stellte die aktualisierte Personalstrukturplanung vor. Demnach werden in den 2020er-Jahren viele Pfarrerinnen und Pfarrer in den Ruhestand gehen. Nach heutiger Schätzung wird im Jahr 2030 ein Pfarrer für rund 1.800 Gemeindeglieder zuständig sein. Danach werde sich die Situation wieder entspannen. Wichtig sei nun vor allem, entsprechende Rücklagen aufzubauen, um die gestiegenen Kosten zu Evangelischen Ruhegehaltskasse (ERK) und die

steigenden Belastungen durch Beihilfezahlungen stemmen zu können, betonte Traub.

Dr. Karl Hardecker, Vorsitzender des Theologischen Ausschusses, wies auf den Rückgang der Schülerzahlen um etwa 30 Prozent bis 2030 hin. Deshalb müsse das Theologiestudium weiterhin beworben werden, um künftig genügend Pfarrernachwuchs zu haben. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Michael Fritz, fügte hinzu: „Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, einen für unsere Gesellschaft unverzichtbaren Beruf im Konkurrenzkampf des schon weitreichend spürbaren Fachkräftemangels attraktiv zu gestalten.“

Um den Zugang zum Pfarrberuf entbrannte in der folgenden Aussprache eine lebhafte Diskussion. „Wir brauchen alternative Zugänge zum Pfarrdienst“, erklärte Ralf Albrecht für den Gesprächskreis Lebendige Gemeinde. Er kritisierte den

„entschieden universitären Zugang mit drei alten Sprachen als Eingangsportal“. Willi Beck (Kirche für morgen) regte an, „eine duale berufsbegleitende Ausbildung zum kirchlichen Dienst für unterschiedliche Dienstprofile“ in Erwägung zu ziehen. „In dieser schwierigen Welt braucht es fundierte, wissenschaftlich begründete Theologie“, zeigte sich Jutta Henrich (Offene Kirche) überzeugt. Angesichts der Herausforderungen, vor der die Kirche stehe, müsse „der Pfarrberuf ein attraktiver Beruf für Akademikerinnen und Akademiker bleiben“.

Auch Ernst-Wilhelm Gohl (Evangelium und Kirche) trat für eine wissenschaftliche Ausbildung der Pfarrerschaft ein: „Der Beruf des Pfarrers ist ein Schlüsselberuf. Wir müssen die Attraktivität des Berufs und des Studiums erhalten und steigern“, betonte Gohl.

Zweiter Kunstpreis der Landeskirche ausgeschrieben

Landesbischof July: „Kunst und Kirche gehören zusammen. Sie leben von gegenseitigem Widerspruch und gegenseitiger Zustimmung.“ Hauptpreis mit 10.000 Euro, Förderpreis mit 3.000 Euro dotiert.

Unter dem Titel „reForm“ schreibt die Landeskirche zum zweiten Mal einen Kunstpreis aus. „Kirche und Kunst gehören zusammen. Sie leben von gegenseitigem Widerspruch und gegenseitiger Zustimmung. Das hat das regionale Kulturprogramm beim Kirchentag eindrucksvoll gezeigt. Deshalb streben wir eine vertiefte Zusammenarbeit mit Kunst und Künstlern an“, sagte Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July bei einem Empfang der Synode. Beim ersten landeskirchlichen Kunstpreis 2012 waren mehr als tausend Arbeiten eingereicht worden.

Im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 sind hauptberuflich tätige Künstlerinnen und Künstler sowie Kunststudierende angesprochen, sich mit dem Begriff Reform auseinanderzusetzen. Dabei ist jede Äußerungsform der bildenden Kunst und jede Technik möglich: Malerei, Skulptur, Rauminstallation, Performance, mediale Arbeiten, Klang und Licht oder Raumausstattungen. Der Hauptpreis ist mit 10.000 Euro dotiert, der Förderpreis mit 3.000 Euro. Zudem werden 20 Arbeiten besonders hervorgehoben und gemeinsam mit den Arbeiten der Preisträger in einer Ausstellung

im Alten Schloss in Stuttgart präsentiert und in einem Katalog dokumentiert. Einsendeschluss ist der 30. November 2015.

Anlass für die überregionale Ausschreibung des Kunstpreises ist eine Ausstellung im Landesmuseum Württemberg zum Thema „Christoph. Ein Renaissancefürst im Zeitalter der Reformation“, die von 24. Oktober 2015 bis 3. April 2016 im Alten Schloss in Stuttgart gezeigt wird. Die Preisverleihung und die Präsentation der Arbeiten finden am 3. März 2016 im Rahmen der Christoph-Ausstellung im Alten Schloss in Stuttgart statt.

Neue Gemeindeform geplant

Bericht aus dem Strukturausschuss und Einbringung des Gesetzes für Verbundkirchengemeinden

Der Vorsitzende des Strukturausschusses, Matthias Hanßmann, betonte, dass bei Strukturveränderungen ein gemeinsames Wollen notwendig sei. Denn sie „verändern die Gesichtszüge unserer Kirche“ und seien ein Eingriff „in die Statik unseres Kirchenwesens“. Er brachte vier Impulse aus dem Strukturausschuss ein.

Verbundkirchengemeinden sollen ein wichtiger Teil des Strukturwandels werden, wie Hanßmann zunächst ausführte. Dabei mahnte er eine sorgsame Evaluation der eingegangenen Rückmeldungen unter Berücksichtigung des Strukturausschusses vor Einführung dieser neuen Gemeindeform an und äußerte den Wunsch nach einer vergleichbaren Lösung für bereits bestehende große Gesamtkirchengemeinden.

In seinem zweiten Impuls betonte Hanßmann die Bedeutung der Pfarrplanung. Der Strukturausschuss befürwortete Kürzungen bei Gemeinde- und Sonderpfarrämtern bei gleichzeitiger Forderung nach mehr Personen im Pfarrberuf.

Aufgrund der zunehmenden Komplexität bei Verwaltungsaufgaben spricht sich der Strukturausschuss für eine Umverteilung von Verwaltungsaufgaben aus. Diese sollen durch intensive Beratungsinitiativen begleitet werden.

In seinem letzten Impuls brachte Hanßmann neue Gemeindeformen und den Aspekt der missionarischen Volkskirche ein. „Eine kleiner werdende Kirche muss nicht unbeweglicher

werden“, stellte er fest und forderte die Stärkung missionarischer Initiativen.

Im Anschluss an den Bericht aus dem Strukturausschuss stellte Oberkirchenrat Hans-Peter Duncker das Kirchliche Gesetz zur Änderung der Kirchengemeindeordnung und anderer Gesetze vor. Er ging wesentlich auf die gesetzliche Einführung von Verbundkirchengemeinden ein.

Verbundkirchengemeinden sollen es mehreren Kirchengemeinden künftig ermöglichen, „sehr eng zusammenzuarbeiten“ und dabei ihre „Eigenständigkeit und Identität als Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zu wahren, wie Duncker ausführte. Ziel sei, Strukturen zu vereinfachen und Verwaltungsarbeit zu reduzieren. Das Modell der Verbundkirchengemeinde ermögliche eine Form des Miteinanders von Kirchengemeinden, betonte Duncker, „wo eine Fusion sich als nicht sinnvoll erweist, weil die Identität und die räumlichen Entfernungen dem im Weg sind“. Eine weitere Gesetzesänderung sieht die Ermöglichung von weiteren Co-Dekanstellen in großen Kirchenbezirken vor, wie sie in Ravensburg und Balingen bereits etabliert sind.

In der anschließenden Aussprache stellte Duncker klar, dass die Beteiligung an Verbundkirchengemeinden auf Freiwilligkeit beruhen solle. Der Gesetzesentwurf sowie ein Änderungsantrag wurden schließlich an den Rechtsausschuss verwiesen.

Neuer Bildungsplan für Schulen

Mit dem Schuljahr 2016 wird in Baden-Württemberg auch für den evangelischen Religionsunterricht ein neuer Bildungsplan eingeführt. Dieser wurde von den Evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg mit dem Religionspädagogischen Institut Baden und dem Pädagogisch-Theologischen Zentrum Stuttgart erstellt. Wesentliche Dinge vom Bildungsplan 2004 seien übernommen worden, so Oberkirchenrat Werner Baur. Was Kinder und Jugendliche lernen und können sollen, sei aber darin sehr viel klarer formuliert. Der Ausschuss für Bildung und Jugend habe sich intensiv mit den Unterrichtseinheiten beschäftigt, so der Vorsitzende Siegfried Jahn. In einer Anhörungsphase des Landes können alle gesellschaftlichen Gruppen von September bis zum November 2015 Eingaben erstellen und Rückmeldungen zu dem Bildungsplan geben. Dann sei zu entscheiden, ob Änderungen vorzunehmen sind. Im März 2016 soll der Bildungsplan von der Landesregierung unterschrieben werden.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH

Redaktion: Oliver Hoesch (ViSdP), Stephan Braun, Ute Dilg, Nadja Golitschek, Sabine Löw, Jens Schmitt, Peter Steinle, Tobias Weimer | Fotos: Gottfried Stoppel

Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei: Evangelisches Medienhaus GmbH

Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de

